



[ÜBER MICH](#) | [FRANÇAIS](#) | [NUTZUNGSREGELN](#) | [RSS FEED](#)

Legitime Schulden

von Moritz Leuenberger am 12. Februar 2009 [Version française: [Un endettement légitime](#)]



Bild: UVEK

„Niemand dürfen wir Wirtschaftsförderung und Klimaschutz gegeneinander ausspielen!“

„Es wäre der fatalste Fehler, wenn wegen der weltweiten Rezession unsere Bemühungen um CO₂-Reduktion erlahmen würden!“

Das und Ähnliches höre ich an all den UNO – Konferenzen, Klimagipfeln und Umweltkongressen von Poznan über Abu Dhabi und Bonn nach New Delhi - und ich werde es gewiss auch nächste Woche wieder in Nairobi hören..... und ich werde es auch selber sagen. Bemerkenswert an diesen Beschwörungen ist aber für mich weniger der Inhalt, sondern dass sie längst nicht mehr nur von Umweltministern zu vernehmen sind. An Klimakonferenzen vertreten ihre Länder immer mehr Aussen-, Energie-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Agrar-, ja Verteidigungsminister (in Japan waren das Umwelt- und das Verteidigungsministerium zusammengelegt. In den USA haben Generäle den Klimawandel als langfristig schlimmste Sicherheitsbedrohung skizziert.)

Der Grundgedanke der Nachhaltigkeit, nämlich die Konvergenz von sozialen Interessen (deshalb die Entwicklungs- oder Verteidigungsminister), von wirtschaftlichen Interessen (deshalb die Energie- und Wirtschaftsminister) und von Umwelthanliegen (deshalb die Agrar- und Umweltminister) gewinnt an Boden.

Auch im Bundesrat.

Deswegen entfallen rund zwei Drittel des Konjunkturankurbelungsprogramms auf das UVEK:

- 30 Mio für Fernwärmepumpen
- 10 Mio für den Ersatz von Elektroheizungen
- 10 Mio für Photovoltaikanlagen
- 24 Mio für kantonale Projekte zugunsten der Biodiversität
- 320 Mio für SBB und Privatbahnen
- 32 Mio für Strassenprojekte

Wer erneuerbare Energien fördert, erschliesst neue Wirtschaftszweige, schafft Arbeitsplätze und trägt drosselt gleichzeitig den CO2-Ausstoss und unsere Abhängigkeit vom Öl. Investitionen in den Klimaschutz sind Investitionen zugunsten künftiger Generationen. Gleiches gilt für Investitionen in die Infrastrukturen wie Bahn und Strassen. Um sie zu verwirklichen, ist es absolut legitim, wenn sich der Staat vorübergehend verschuldet. Denn den künftigen Generationen, die von ihnen profitieren werden, darf zugemutet werden, später ihrerseits etwas für sie zu bezahlen. Das ist der Unterschied zu Staatsschulden, die wir zum Beispiel entstehen lassen, weil wir die Sozialwerke nicht ausfinanzieren oder Steuern senken. Davon profitiert einzig und allein unsere heutige Generation; bezahlen werden die aufgelaufenen Schulden aber unsere Nachkommen. Deswegen sind Schulden zugunsten von künftigen Infrastrukturen oder für den Umweltschutz legitimer als solche für Werke, von denen nur wir selber heute profitieren.

Bis bald
Moritz Leuenberger

PS: Den Kommentaren entnehme ich, dass viele von mir eine Stellungnahme zu den UBS- Boni erwarten. Ich empfehle dazu den Artikel von Daniel Binswanger im Magazin des Tages-Anzeigers vom 7./8. Februar - in Verbindung mit dem Buch Lüge, List und Leidenschaft, S. 24 unten.

[47 Kommentare](#) [Kommentar verfassen](#)

[8. Februar: Weniger Pflegepersonal - dafür mehr 60-Tönnner?](#)

von Moritz Leuenberger am 28. Januar 2009[Version française: [8 février: vers une diminution du personnel soignant et un déferlement de 60 tonnes?](#)]



[Bild: Wikipedia](#)

[Die Diskussionen über die Personenfreizügigkeit](#), über welche wir am 8. Februar abstimmen, drehen sich vor allem um wirtschaftliche Argumente, also um die Probleme für viele Branchen, die dringend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind. Unser Wachstum und die 250'000 neu entstandenen Arbeitsplätze in den letzten Jahren sind ja nicht zuletzt durch den freien Personenverkehr mit der EU möglich geworden.

Ein Nein zum freien Personenverkehr hätte aber noch ganz andere Folgen, die mir als Energie- und Verkehrsminister Sorgen machen: Bei einem Nein würde nämlich das erste Paket der bilateralen Verträge mit der EU aufgelöst. Gewiss würden wir alles versuchen, sie auf irgendeine Weise dennoch zu retten, doch ist das gar nicht so leicht, weil die Verträge nach einem Schweizer Nein automatisch ausser Kraft treten. Wir müssten für die Neuverhandlung das gegenseitige Einverständnis mit der EU finden. Ganz abgesehen davon, dass dann die unselbige Verknüpfung mit dem Steuereossier versucht würde, gibt es in der EU auch Kräfte, die gerade in der Verkehrspolitik etwas anderes wollen.

Das Landverkehrsabkommen mit der EU hat unsere Verlagerungspolitik von der Strasse auf die Schiene erst möglich gemacht. Erst nach langen und harten Verhandlungen hat die EU einer Schwerverkehrsabgabe (LSVA) zugestimmt, die Schweiz hat im Gegenzug die Gewichtslimite für Lastwagen von 28 auf 40 Tonnen erhöht. Dank der LSVA können wir zwei leistungsfähige Flachbahnen durch die Alpen und am Gotthard den längsten Eisenbahntunnel der Welt bauen, denn ein wesentlicher Teil der LSVA-Einnahmen stammt von ausländischen Transporteuren. Und dank dieser Abgabe fahren heute weniger Lastwagen durch unser Land als vor neun Jahren. Inzwischen hat auch die EU erkannt, dass der Verkehrskollaps auf den europäischen Strassen nur noch durch eine Verlagerung der Güter auf die Bahn verhindert werden kann. Sie orientiert sich dabei ausdrücklich am Schweizer Modell. Die Besucher meines Bloges wissen es: Vor einer Woche hat mir EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani den politischen Preis der Europäischen Eisenbahnvereinigung verliehen – und bei dieser Gelegenheit die nachhaltige Schweizer Verkehrspolitik ausdrücklich gelobt.

Ich nehme daher nicht an, dass die EU die LSVA rückgängig machen will. Aber es gibt innerhalb der EU auch Lobbys und Länder, die gar keine Freude an der LSVA haben und die die Gelegenheit nutzen wollen, diese Errungenschaft wieder abzubauen. Vor allem steht zur Diskussion, 60-Töner, die in der EU immer verbreiteter werden, auch in der Schweiz durchzusetzen. In der Schweiz gibt es ja auch Widerstand gegen unsere Verkehrspolitik: Zahlreiche Transporteure und die ASTAG sind bis ans Bundesgericht gelangt, um die von den Stimmbürgern ausdrücklich beschlossene letzte Stufe der LSVA anzufechten. Das Nein zur Personenfreizügigkeit und die Auflösung des Landverkehrsabkommens dürften daher wohl manche unheiligen Allianzen beflügeln, wie ich sie damals bei den Verhandlungen um das Landverkehrsabkommen intensiv erlebt habe. Würde das Referendum angenommen, wäre also unsere Verlagerungspolitik und alles bisher Erreichte gefährdet. Und dies, obwohl die Verlagerungspolitik an der Urne mehrfach bestätigt worden ist.

Auch in der Luftfahrt hätte ein Nein gravierende Folgen. Ohne das Luftverkehrsabkommen mit der EU könnte die Swiss wirtschaftlich kaum überleben und leider hilft es da gar nichts, dass sie der Lufthansa gehört. Zwar würden hier die früheren Abkommen mit einzelnen Staaten wieder gelten, welche Linienflüge in diese Länder ermöglichen. Aber der Swiss bliebe der Zugang zum innereuropäischen Streckennetz weitgehend verwehrt. Konkret könnte sie zwar noch Flüge von Zürich nach Berlin anbieten, aber keine Weiterflüge nach Stockholm oder Helsinki, auch keine Flüge von Rom nach Paris. Wieso sind Bund und Kantone nach dem Grounding der Swissair mit 2 Milliarden eingesprungen? Weil eben der Luftverkehr mit zahlreichen anderen Zulieferbetrieben verbunden ist und weil sie für die Standortwahl von Firmen ausschlaggebend ist.

Und noch etwas: Skyguide, unsere nationale Flugsicherung, hätte bei der Neuorganisation des Europäischen Luftraums kaum mehr die Möglichkeit, eine tragende Rolle zu spielen. Gerade sie ist aber auf eine enge Zusammenarbeit mit den EU-Ländern angewiesen, um ihre Existenz sichern zu können. Nicht zu vergessen: Mit dieser Existenz sind auch zahlreiche Arbeitsplätze verbunden.

So ist die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit bei genauerem Hinsehen eben auch eine Abstimmung über unsere Schweizer Verkehrspolitik und insbesondere über die Verlagerung der Güter von der Strasse auf die Schiene und damit auch über unsere Umwelt- und Klimapolitik.

Bis bald
Moritz Leuenberger

[61 Kommentare](#) [Kommentar verfassen](#)

[Zwei Feiern für die Bahn](#)

von Moritz Leuenberger am 20. Januar 2009 | Version française: [Deux fêtes en l'honneur du chemin de fer](#)



Überreichung des Preises "European Railway Award" durch den EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani in Brüssel am 20. Januar 2009 (KEYSTONE/Didier Jouret)

Am heutigen 20. Januar 09 finden zwei Feiern statt: mit der Amtseinsetzung Obamas die eine jenseits des Ozeans und mit der Übergabe des [europäischen Eisenbahnpreises](#) die andere in Brüssel. Selbst wenn nicht ganz ausgeschlossen ist, dass es an der Feier in Washington etwas mehr Teilnehmer hat, freue ich mich dennoch auf Brüssel:

Dort wird der Verkehrskommissar der EU in seiner Laudatio die schweizerischen Verdienste um eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene loben, er wird unsere NEAT preisen und die Pionierrolle rühmen, welche wir mit der Einführung der LSVA einnahmen. Preis und Lob freuen mich umso mehr, wenn ich an die Verhandlungen mit der EU zurück denke: In den jahrelangen zähen Verhandlungen beharrte der damalige EU-Kommissar auf der freien Wahl des Güterverkehrsmittels und wollte die LSVA mit allen Mitteln auf ein möglichst tiefes Niveau drücken. Heute sehen sich alle Länder im Alpenraum und auch die EU selber gedrängt, die Verlagerung voranzutreiben und dazu auch Instrumente wie die LSVA einzuführen. Auch die Idee der Alpentransitbörse studiert die EU gemeinsam mit uns.

Unsere Schweizer Verkehrspolitik wurde durch die direkte Demokratie in zahlreichen Volksabstimmungen erarbeitet und bestätigt, geprägt von der stetigen Überzeugung, dass die Bahn ein nachhaltiges Verkehrsmittel ist, das alle Gegenden unseres Landes miteinander verbindet und die Umwelt schont. Da wurden nicht etwa nur Vorschläge des Bundesrates abgesegnet, sondern da wurden aktiv Ideen entwickelt, die diesem gar nicht immer lieb waren. Denken wir an die Alpeninitiative mit dem Alpenschutzartikel, an dem wir immer noch schwer nagen und der wohl erst nach der Eröffnung des Gotthardbasistunnels vollumfänglich umgesetzt werden kann. Denken wir auch an die Alpentransitbörse, einer Idee, die ebenfalls von der Alpeninitiative entwickelt wurde, die dann das eidgenössische Parlament auf Vorschlag des Bundesrates aufnahm, und die jetzt alle Alpenländer zusammen mit der EU umsetzen möchten.

Das ist direkte Demokratie: Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger gestalten unsere Politik mit, ihre Rolle besteht nicht in der Absegnung behördlichen Vordenkens in Referenden. Das ist für diejenigen, die derart kühne Initiativen umsetzen müssen, nicht immer leicht. Aber das ist ja gerade das Wesen der Demokratie: Sie ist auf stetige Erneuerung und auf visionäre Ideen angewiesen, selbst wenn diese zunächst irritieren mögen.

Deshalb widme ich diesen Preis den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, und deshalb habe ich mich entschlossen, die 5'000 Euro, mit denen der Preis dotiert ist, der Alpeninitiative zu übergeben - allerdings mit der Auflage, das Geld nicht in Schweizer Franken zu wechseln, sondern zum Wohle der europäischen Verkehrspolitik zu verwenden. Denn umgekehrt beweist ja die EU mit der Laudatio ihres Verkehrskommissars, dass sie die Schweizer Verkehrspolitik unterstützt und mehr und mehr gewillt ist, gemeinsam mit uns den Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern.

Verkehrs- und Bahnpolitik ist mehr als ein rationales Ringen mit Argumenten - die Schweizerinnen und Schweizer identifizieren sich mit der Bahn, sie lieben das Bahnfahren. Ihr Begeisterungsvirus steckte nicht nur die EU an, sondern schwappte über den grossen Ozean und erfasste Barack Obama, der sich sagte: „Yes, we can!“ und sich entschloss, mit der Bahn an seine heutige Vereidigung zu fahren. Das wiederum begeisterte seine Anhänger derart, dass wir aus ihren Sprechchören ganz deutlich heraushören konnten: „Obama, Oh-Bahn-a!“

Wir wünschen der europäischen Verkehrspolitik und dem amerikanischen Präsidenten gute Fahrt.

Bis bald

Moritz Leuenberger

[20 Kommentare](#) [Kommentar verfassen](#)

[Mehr Staat](#)

von Moritz Leuenberger am 12. Januar 2009[Version française: [Plus d'Etat](#)]

Keine Angst, ich verkehre mit meinen Bundesratskolleginnen nicht etwa über den Blog. Ich habe Eveline Widmer-Schlumpf direkt per SMS wissen lassen, dass ich mich über ihre Wahl zur Schweizerin des Jahres freue und finde, sie habe diese Würde verdient.

Dass ein Mitglied des Bundesrates diese Anerkennung gerade jetzt erfährt, zeugt sicher auch für das wieder erstarkte Vertrauen in die Politik. Ein Hauptmotiv für die Wahl war ja sicher das entschlossene Handeln der stellvertretenden Finanzministerin in der Bankenkrise. Das waren staatliche Massnahmen, wie sie wenige Monate vorher noch von vielen verhöhnt worden wären. Die Finanzkrise entstand aus Masslosigkeit und hat zur Folge, dass, wie es im Wort zum Ausdruck kommt, dieses verlorene Mass wieder genommen wird, dass also Massnahmen erlassen werden müssen. „Staatliche Massnahmen“, „staatliche Eingriffe“, „Regulierung“, Worte, die wieder salonfähig geworden sind, auch wenn sich noch kaum jemand zum Slogan „Mehr Staat“ bekennt. Dennoch wird der Staat noch sehr viel mehr gefordert sein, denn der Finanz- folgt die Wirtschaftskrise und auch die Schweiz braucht eine Konjunkturankurbelung, die diesen Namen verdient. Der Ausbau der Infrastrukturen dient ja langfristig auch wieder der Wirtschaft.

Die Wirtschaftsfreiheit ist eben nicht durch staatliche Regulierungen bedroht, sondern von der irrtümlichen Gleichsetzung von Freiheit mit Verantwortungslosigkeit und mit dem Negieren jeglicher moralischer Normen.

Ich habe über die Feiertage sowohl den Film „Gomorra“ gesehen als auch das Buch gelesen. Ich habe Hemmungen, das Buch zur Lektüre zu empfehlen, denn es ist ganz happige Kost und kann einen tatsächlich um den Schlaf bringen. Schrecklicher und realistischer zugleich kann kaum dargestellt werden, wozu es führt, wenn als einziger gesellschaftlicher Wert die wirtschaftliche Macht anerkannt wird. Ein solch absoluter ökonomischer Imperativ führt letztlich zu kriminellstem Unternehmertum, weil er nämlich einerseits keine moralischen Schranken kennt, und weil er andererseits auch nicht durch die staatlichen Regulierungen in die Schranken gewiesen wird. Roberto Saviano schreibt: „Die Logik des kriminellen Unternehmertums, das Denken der Bosse ist identisch mit radikalstem Neoliberalismus. Er diktiert, ja er erzwingt die Regeln des Geschäftes, des Profites, des Sieges über alle Konkurrenten.“ Das Resultat ist grauenerregend, Mord und Totschlag, ein Krieg mit Hunderten von Toten, Ausgebeuteten, Unterdrückten. Gewiss: Der italienische Staat stemmt sich gegen die mafiose Unterwanderung. Politiker wie Leoluca Orlando exponieren sich im Kampf gegen die sizilianische Mafia (und nehmen dafür in Kauf, sich nur noch unter ständigem Personenschutz bewegen zu können), Richter wie Giovanni Falcone haben ihr Engagement mit dem Leben bezahlt.

Nach wie vor ist der Rechtsstaat aber nicht in der Lage, sein Primat flächendeckend durchzusetzen. Neben den staatlichen Gesetzen gilt auch eine andere Justiz: jene der Camorra, jene der Mafia, jene anderer krimineller Netzwerke.

Auch unter solchen Gesichtspunkten bin ich froh, dass hierzulande die Justizministerin zur Schweizerin des Jahres gewählt wurde - und dass sie sich frei und ohne Personenschutz im öffentlichen Raum bewegen kann. Das wäre auch Roberto Saviano zu wünschen.

Bis bald
Moritz Leuenberger

[107 Kommentare](#) [Kommentar verfassen](#)

[Eine Weihnachtsgeschichte und ein Neujahrswunsch](#)

von Moritz Leuenberger am 26. Dezember 2008Version française: [Une histoire de Noël et voeu pour le nouvel an](#)



Heiligabend, 24. Dezember, Einkaufen in der Migros. Seit Jahren benutze ich ein Plastikkörbchen. Ich kann mich mit ihm schneller durch die vielen Leute bewegen, es genügt zudem für unseren Bedarf vollauf und sein begrenztes Volumen bremsst übermässigen Kaufrausch. Nun habe ich aber die erweiterte Familie zu Besuch und es stehen mehrere Feiertage bevor, so dass ich ausnahmsweise nach einem Einkaufswägelchen spähe, erfolglos allerdings, was ich auf die grosse Nachfrage zurückführe. Von einer Kasse her wird endlich ein leeres Wägelchen gesteuert und ich frage den mir unbekanntem Mann, der sich einen Weg durch das Gewühl bahnt: „Darf ich Ihr Wägelchen gleich erben?“ und strecke, seine freudige Zusage auf mein Angebot als selbstverständlich vorwegnehmend, meine Hand nach dem Einkaufsgefährt aus. Doch ich merke, dass der Mann etwas irritiert ist, sich erst nach einigem Zögern überwindet und schliesslich sagt: „Also gut, der Bund braucht ja schliesslich Geld.“ Das verstehe ich wiederum nicht ganz und antworte: „Ich verkaufe diesen Wagen ja nicht, ich gebe ihn dann auch weiter.“ Wir wünschen uns gegenseitig frohe Weihnachten, ich kaufe für all die Festtage ein und halte nach dem Bezahlen an der Kasse meinerseits Ausschau auf einen Wägelierben, doch niemand interessiert sich. Ich verstaue also den rollenden Einkaufskorb, kette ihn an die parkierte Wägelreihe und, oh Wunder, ein Fränkler spickt mir aus dem Handgriff entgegen! Es fällt mir wie Schuppen von den Augen: Da steckt ja ein Pfand drin, um dessen Rückgabe ich den freundlichen Herrn gebracht habe!

Es ist nur ein kleiner Trost, dass ich vor lauter Scham den Fränkler, etwas aufgerundet, wie ich betonen will, bei der nächsten Heilsarmeeekollekte weitergebe, denn der freundliche Unbekannte muss glauben, ich zocke wie ein Landvogt kraft meines politischen Ranges das darbende Volk ab und erschleiche mir auf diese Weise erkleckliche Boni (würde ich das täglich einmal tun, ergäbe es ja immerhin mehr als 300 Franken). Ich kann nur hoffen, er lese diesen Blog oder erfahre auf irgendeine Weise von ihm und meiner Unwissenheit, mit der ich mich allerdings kaum verteidigen kann, „error in iure nocet“, Rechtsirrtum schadet, wie schon die römische Jurisprudenz lehrt. Ich kann also nur auf Vergebung hoffen, zu der sich der pfandgeprellte Unbekannte angesichts des Festes der Liebe durchringen möge. Selbstverständlich erstatte ich ihm den Pfandbeitrag nebst moralischen Zinsen im kommenden neuen Jahr gerne zurück.

Das soll allerdings nicht mein einziger Vorsatz zum neuen Jahr sein.

Ich bin zunächst froh, dass die SVP wieder im Bundesrat vertreten ist. Seit jeher bin ich der Überzeugung, dass die grossen politischen Kräfte in der Regierung mitarbeiten müssen, auch wenn das zu Spannungen zwischen den Regierungsmitgliedern und ihrer politischen Basis führen kann. Das kommt in jeder Partei vor und gehört zu unserer direkten Demokratie. Diese lässt die systematische Opposition einer in die parlamentarische Arbeit eingebundenen Partei nicht zu. Dass die SVP es nur gerade ein Jahr erfolglos versuchen konnte, beweist das. Das neu gewählte Mitglied wird eine neue Rolle übernehmen und das sollte eigentlich auch gelingen. Die Rolle und ihre Verantwortung prägen ja immer auch den Menschen und seine Arbeit. Sehr eindrücklich legt das Jean Anouilh im Theaterstück „Beckett oder die Ehre Gottes“ dar: Der König glaubt, durch die Wahl seines Freundes zum Erzbischof von Canterbury seine Macht ausweiten zu können, doch Freund Beckett wächst in seine neue Verantwortung und stellt sich schliesslich gegen die weltliche Macht des Königs und verteidigt die Ehre Gottes. Das führt zur dramatischen Entzweiung der einstigen Freunde. Dass wir durch die Rolle, die wir in der Gesellschaft übernehmen, geprägt werden, ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Würde nur gerade die Rolle uns prägen, gäbe es ja gar keine politische Veränderung. Deswegen versucht natürlich jeder Politiker, auch die Rolle, die er übernimmt, zu verändern. Das wird der neue Bundespräsident ebenso tun wie das neue Mitglied des Bundesrates.

Auf jeden Fall gehört zu unseren Rollen, die Solidarität in unserem Land in diesen unsicheren Zeiten zu stärken. Dazu braucht es auch politische Stabilität, ein unbestrittener Vorteil unseres Regierungssystems. Sie besteht einerseits in der Einbindung aller politisch relevanten Kräfte in der Regierung und andererseits darin, dass nicht, wie in vielen anderen Ländern, die Regierungen in immer schnellerer Abfolge gewechselt und damit auch geschwächt werden. Eine ständige Rotation kann daher keine Antwort sein auf die sehr grossen Herausforderungen, die uns in der Restzeit dieser Legislatur

bevorstehen. Gerade jetzt ist es besonders wichtig, dass das Kollegium gegenüber der Klima- und der Finanzkrise gemeinsame Antworten der Nachhaltigkeit erarbeitet und sie auch gemeinsam vertritt.

Wir werden im kommenden Jahr alle sehr gefordert sein und ich wünsche in diesem Sinne allen ein gutes neues Jahr.

Bis bald
Moritz Leuenberger

[50 Kommentare](#) [Kommentar verfassen](#)

Kafkaeske Klimakonferenz

von Moritz Leuenberger am 16. Dezember 2008 [Version française: [Conférence kafkaïenne sur le climat](#)]



Bild: BAFU

Etwas gewöhnungsbedürftig sind Konferenzen der UNO schon und sie muten zuweilen beinahe etwas kafkaesk an. So auch letzte Woche in Polen. Zehntausend Delegierte tummeln sich im überheizten Messegelände von Poznan. UNO Generalsekretär Ban Ki moon setzt sich in einem flammenden und berührenden Votum ein. Al Gore spricht. Ich vergleiche in meiner [Rede](#) die Finanzkrise mit der Klimakrise. Minister treffen sich zu bilateralen Gesprächen. Umweltorganisationen rufen den Klimawandel und sich selbst mit medienwirksamer Symbolik in Erinnerung. Delegierte von Wirtschaftsbehörden treffen sich in reservierten Salons, jene der Umweltverbände sitzen mit ihren Laptops im Halbkreis am Boden, blicken in ihre Laptops wie eine Selbsterfahrungsgruppe in ein Lagerfeuer. Ein Jugendlicher von Greenpeace möchte unbedingt, dass ich einen Grittibanz an einen Weihnachtsbaum hefte und meine Wünsche zum Klima in ein Video bekenne „als aktiver Beitrag zum Klimaschutz“.

In hunderten von länderübergreifenden Gruppen und Untergruppen verhandeln Diplomaten, Wissenschaftler und andere Mitglieder der Delegationen darüber wie Inkompatibilitäten in den Mechanismen und Berechnungsweisen der jeweiligen Länder überwunden werden können. Bodyguards bahnen ihren Ministern Schneisen durch das dichte Gewühl von Menschen. Wie Eisenbahnzüge schlängeln sich Delegationspulsks zu ihren Sitzungszimmern. Am letzten Tag dauern die Verhandlungen weit über Mitternacht und die Delegierten finden zu einem Text morgens um 03.00. Sie sind erleichtert und glauben alle, wichtige Schritte weiter gekommen zu sein. Doch die Bewertung der Konferenz wird überall gleich wahrgenommen: „Keine greifbaren Resultate!“

Dass das Empfinden der Akteure und dasjenige der medialen Beobachter auseinander klafft, ist natürlich. Ich weiss manchmal selber nicht recht, auf welche Seite ich mich schlagen soll, auf die skeptische oder die optimistische. Ich muss mir selber immer wieder in Erinnerung rufen, dass für eine Klimakonvention eine Konsenslösung angestrebt wird.

Wenn wir bedenken, welch lange Zeit wir allein in der Schweiz in Anspruch nehmen, um eine Lösung zu finden, die in einer Volksabstimmung mehrheitsfähig ist, wenn ich also an unsere Vernehmlassungsverfahren, an unsere Differenzbereinigungsverfahren zwischen National- und Ständerat denke, daran etwa, dass die Einführung einer CO2 Abgabe eine über zwanzig jährige Auseinandersetzung als Vorgeschichte aufweist, muss ich mir sagen: Wie ungleich viel aufwändiger ist es, weltweit zwischen Interessen der Industrieländer, Schwellenländer, Entwicklungsländer, zwischen völlig verschiedenen Kulturen und Sprachen einen globalen Konsens zu finden. Das braucht ungemein viel Zeit, bis wir schon nur sichergestellt haben, dass auch alle vom Gleichen reden.

Es wäre naiv zu erwarten, es könnten die Ziele und die Umsetzungswege einer Klimapolitik rasch und einfach gefunden werden. Wir empfinden das Unverständnis von Politikern anderer Staaten über die Langsamkeit unserer direkten Demokratie ja auch als ignorant und überheblich. Wenn es der UNO

Klimakonferenz tatsächlich gelingt, in Kopenhagen eine verbindliche Regelung für die Postkyotoperiode zu finden, ist das eine gewaltige Leistung, allerdings eine dringend notwendige Leistung. Um diese Dringlichkeit medial über den ganzen Erdball in Erinnerung zu rufen, fand Poznan auch statt. Die Arbeiten für Kopenhagen sind weiterhin in vollem Gang und wir arbeiten alle an der weltweiten Hoffnung auf einen Abschluss in Kopenhagen.

Bis bald
Moritz Leuenberger

[87 Kommentare](#) [Kommentar verfassen](#)

Im mainstream der Raserdebatte

von Moritz Leuenberger am 10. Dezember 2008 [Version française: [Dans la foulée du débat sur les chauffards](#)]



Bild: [Flickr](#)

Meine öffentlich geäußerten Gedanken zu den Rasern konfrontieren mich mit einem ganz anderen Phänomen. Ich erlebe plastisch, wie mediale Straffung und Zuspitzung den ursprünglichen Inhalt allmählich verändern kann und wie ein zunächst differenzierter und eigenständiger Gedankengang einen Drall erhält, so dass er zunächst im mainstream der öffentlichen Meinungen mitschwimmt und schliesslich in den Strudel der Mehrheitsmeinung gezogen wird.

Es begann mit den drei vorherigen Beiträgen im Blog. Sie wurden von insgesamt gegen zweihundert Kommentaren diskutiert und in verschiedenen Medien aufgenommen. Die SonntagsZeitung fragte mich schliesslich nach einem grundsätzlicheren Interview. Das Gespräch mit den beiden Journalisten verlief für mich anregend; ich schätze es, in einem Interview nicht nur ein Frage- und Antwortspiel abzuspielen, sondern zu diskutieren und dabei angeregt zu werden.

- Nach einem solchen, etwas längeren Gespräch ist es allerdings nichts als natürlich, wenn die schriftliche Fassung gerafft werden muss und vieles vom Gesagten nicht mehr erscheinen kann. Dennoch bin ich mit dem veröffentlichten Text des Interviews zufrieden, denn ich vermochte meine Skepsis gegenüber härteren Strafen darzulegen und auf das weite Spektrum der in via sicura geplanten Massnahmen Gewicht zu legen. Deshalb verweise ich an dieser Stelle ganz gerne auf das Interview: „[Die Justiz zeigt merkwürdige Beisshemmungen](#)“.
- Sehr viel zugespitzter erschien allerdings der Anriss auf der Titelseite. Da war nur von Justizkritik und höheren Strafen, die ich fordere, die Rede. Auch das scheint mir aber hinnehmbar, denn schliesslich konnte ja jedermann einige Seiten weiter hinten das Interview ausführlich lesen.
- Mit diesem hatte dann aber der Aushang der Zeitung gar nichts mehr zu tun, denn auf diesem prangte an allen Verkaufsstellen in der Schweiz die Ankündigung, welche ich nun wirklich nicht gemacht habe, nämlich: „LEUENBERGER: TODESRASER SOFORT INS GEFÄNGNIS!“
- Darauf meldete sich die Schweizer Tagesschau und wollte ein Interview zu meiner Forderung nach höheren Strafen und zu der Justizkritik. Ich handelte die Bedingung aus, dass auch meine grundsätzlichen Gedanken zum Zuge kämen. Obwohl das garantiert wurde, wurden die Aufnahmen dann doch wieder sehr justizkritiklastig zurechtgeschnitten, so dass
- am nächsten Tag in den Zeitung zu lesen war, ich unterstütze die Initiative von roadcross (was ich nie gesagt habe) und ich hätte die Verwahrung von Rasern gefordert.
- Das wiederum hat nun zur Folge, dass ich Zustimmung von jenen Kreisen bekomme, denen ich im ursprünglichen Interview just erklärt habe, dass höhere Strafen zwar für den moralischen Stellenwert eines Verbrechens ihre Berechtigung hätten, aber für die ursächliche Verhinderung von Verbrechen nur bedingt taugen würden.

So wurden meine Aussagen durch stete Zuspitzungen und Interpretationen in den mainstream der gängigen Forderung nach härteren Strafen abgedrängt und die Kritik lässt natürlich auch nicht auf sich warten: Ich kann einer Überschrift im Landboten gar nicht böse sein, der mir mit dem Titel „Ich bin auch ein Christoph Blocher“ Populismus vorwirft.

Ich konnte beobachten, wie alle Mitbeteiligten selber von der Notwendigkeit höherer Strafen überzeugt waren und ihre eigene Meinung wohlwollend durch meine Meinung untermauern wollten. Ich schildere dies auch deshalb alles ohne jeden Vorwurf (ausser vielleicht den einen an mich selber, dass ich dem Zeitungsinterview nicht noch ein elektronisches hätte folgen lassen sollen, denn das musste notwendigerweise zu einer Verkürzung führen). Ich will an dieser beispielhaften Erfahrung nur darlegen, wie sich eine ursprüngliche Botschaft durch viele Spindoctors und subjektive Interpretationen zu einer neuen verformen kann und dass auch ich in meinem Amt nicht davon verschont bleibe. Ich hoffe deshalb doch sehr, dass dieser Beitrag nicht seinerseits einen Drall verpasst erhält und am Schluss als Medienschelte kommentiert wird.

Bis bald
Moritz Leuenberger

[35 Kommentare](#) [Kommentar verfassen](#)

[Animieren Filme zum Rasen?](#)

von Moritz Leuenberger am 01. Dezember 2008[[Version française: Les films incitent-ils à conduire dangereusement?](#)]



Bild: [Flickr](#)

Zunächst: „Schauen“ ist tatsächlich besser als sehen. Stimmt. Ich liess mich durch den Partyspruch verleiten. Auf Schweizerdeutsch heisst es ja „luege, lose etc“. Das wird dem Anliegen gerechter. Dann: Ja, es stört mich ja auch, dass die Kinder konditioniert werden müssen und auf gar keinen Fall darf es so weit kommen, dass selber schuld ist, wer keinen Leuchtgurt trägt oder vielleicht als Fussgänger ungeschickt verhält. Dennoch, die Verkehrserziehung dient auch der Vermeidung von Opfern und darf nicht gescheut werden. Wem nützt es, Vortritt gehabt zu haben und dennoch im Spital gelandet zu sein? Die Hauptbemühungen müssen sich daher der Erziehung der Autofahrer widmen und das geschieht nicht nur in der unmittelbaren Fahrausbildung, sondern auch indirekt durch die allgemeine Haltung zu Potenz auf der Strasse, zur Geschwindigkeit, wie sie in Werbung und Filmen zum Ausdruck kommt. Daher nochmals zum vorletzten Beitrag und seinen Kommentaren:

Wie kann ich anerkennende Worte zu Marc Forsters James Bond finden, wo doch die dort gezeigten Autoverfolgungsjagden Vorbild für manchen Raser sein dürften. Das fragten sich einige Kommentatoren, Ueli Schäfer zum Beispiel.

Die Frage ist berechtigt und ich habe selber auch schon in dieselbe politische Kerbe gehauen. 1974, als auf das Trottoir vor dem Kino Apollo in Zürich das Filmauto von James Bond als Reklame aufgestellt wurde, fragte ich als Gemeinderat, worin der Stadtrat das öffentliche Interesse an Verfolgungsjagden sehe: „Hat sich der Stadtrat dabei etwas gedacht und, falls ja, was?“ Ja, da war ich halt noch jung und frech und der kleine Vorstoss fand unter dem Titel „Gemeinderat gegen James Bond“ in der ganzen Schweiz Beachtung und führte zu vielen Kommentaren.

Doch im Gegensatz zu den früheren Bondfilmen animieren die Autoszenen in Marc Forster Film nicht zum Rasen. Sie zeigen sehr brutal sinnlose Gewalt und Zerstörung, es ist kaum ersichtlich, wer in welchem Auto sitzt und wer wen verfolgen würde. Nur beklemmendes Getöse schockiert den Zuschauer. Ob die Kritiker den neuen Bond loben oder kritisieren, alle schreiben sie von der Sinnlosigkeit und Absurdität dieser Autoszenen. Ich weiss, die Grenze zwischen Abscheu und Verherrlichung ist oft sehr schmal. Wie mancher Kriegsfilm wollte die Sinnlosigkeit des Krieges zeigen und weckte stattdessen gerade das Gegenteil, nämlich heroische Gefühle der Bewunderung. Oder wenn ich an den Werbefilm von Audi denke, der bis vor kurzem noch im Schweizer Fernsehen ausgestrahlt wurde: Da liefern sich zwei Autofahrer in der Stadt ein Rennen, wo sie sich gegenseitig mit quietschenden Reifen und überdrehten Motoren überholen, um am Schluss festzustellen, der Sieger habe weniger Benzin verbraucht als der andere. Dieser Werbefilm animiert sicher trotz seines grünen Alibischlusses sehr viel mehr dazu, rasant zu fahren als Forsters Film dies tun würde. Und auch die wöchentlichen Lobpreisungen für starke und schnelle Autos in der Motorshow in SF 2 tun das, selbst wenn in den Filmbeiträgen korrekt gefahren wird. Letztlich zählt wohl gar nicht die Absicht des Regisseurs, sondern der Effekt seines Filmes beim Zuschauer. Da hat Marc Forster gewiss viele Kritiker verunsichert, weil sein ganzer Film keinen klaren

Aufbau zeigt, sondern mit schnell geschnittener Hektik bewusst verwirrt und nur wenige Botschaften platziert, zum Beispiel wie sich die südamerikanische Landbevölkerung nicht gegen eine korrupte Globalisierung zur Wehr setzen kann und um ihre Grundrechte gebracht wird.

Deswegen kann ich den Vergleich der NZZ zwischen Forsters „Quantum of Solace“ und Scotts „Body of Lies“ überhaupt nicht teilen. Unter dem Titel „Der bessere Bond“ spricht die Filmkritikerin der kaleidoskopischen Collage Forsters die Logik ab und findet diese im angeblich politisch aussagekräftigen „Body of Lies“. Sie übersieht zunächst, dass Forster diese Logik eben gar nicht wollte – und sie überschätzt Scotts Inszenierung masslos. Leider folgte ich dem Rat der NZZ, besah mir „Body of Lies“ und wurde arg enttäuscht. Da wird die Kriegskulisse des nahen Ostens für ein Heldenepos benutzt, ohne dass dieser Krieg irgendwie hinterfragt würde. Da wird amerikanische Kriegstechnologie grenzenlos hochgejubelt, als fehlerfrei funktionierend bewundert, dass man schon fast von einem Propagandafilm sprechen muss. Nichts von der kritischen Aufarbeitung wie gegenüber dem Vietnamkrieg, welche der amerikanische Film ja auch leistete.

Dafür war die Berichterstattung und die Kommentierung der NZZ zur Verbandsbeschwerde vor und nach der Abstimmung einwandfrei; dort ging es allerdings auch um handfeste Fakten und nicht um eine subjektive Wertung, wie bei der Beurteilung eines Filmes. Ich bin um die Harmonie zwischen NZZ, Bundesrat und den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger froh, welche alle den Einsatz zugunsten der Umwelt anerkennen und offensichtlich auch schätzen.

Und ich versuche mal, ob ich zusammen mit dem EJPD einige Massnahmen gegen Raser in Via sicura beschleunigen kann, zum Beispiel lebenslanger Ausweisentzug, Alkoholverbot für Neulenker oder Konfiskation des Fahrzeuges.

Bis bald
Moritz Leuenberger

[64 Kommentare](#) [Kommentar verfassen](#)

[Sehen und gesehen werden](#)

von Moritz Leuenberger am 27. November 2008[Version française: [Voir et être vu](#)]







Bild: Ruben Sprich, Reuters

Tag des Lichts. Aktion mit Schulkindern. Sie tragen Jacken mit Leuchtstreifen, damit sie von Automobilisten besser wahrgenommen werden können. Ich begleite sie vor vielen laufenden Kameras über die Fussgängerstreifen und versuche ihnen beizubringen, dass im Strassenverkehr das gleiche Prinzip gilt wie im Partyverkehr: Sehen und gesehen werden.

Eigentlich tat es mir fast etwas weh, die munteren und spontanen Kinder zu Disziplin am Fussgängerstreifen zu ermahnen, doch ist solche Erziehung eben auch ein wichtiger Teil der Sicherheit im Strassenverkehr. Die Kunst des Überlebens muss auch gelernt werden. Am einen Ende des bunten Regenbogens der vielen Massnahmen von Via sicura steht die Repression, über die wir bei Rasern diskutieren. Am anderen Ende dieses Bogens steht die Erziehung und Sensibilisierung der möglichen Opfer, sich so zu verhalten, dass sie verschont bleiben. Das sind in erster Linie Fussgänger, Kinder, ältere Menschen.

Da es immer noch relativ viele Unfälle auf Fussgängerstreifen gibt, wird immer wieder gefordert, die Pflicht zum Handzeichen vor dem Betreten des Streifens einzuführen. Nichts steht einem Handzeichen entgegen. Aber der Umkehrschluss, den viele Automobilisten taten, nur wer ein Handzeichen gebe, sei auf dem Streifen vortrittsberechtigt, ist eben falsch und endete für viele Fussgänger tödlich. Aber sich bemerkbar zu machen und wenn immer möglich auch den Augenkontakt mit dem Automobilisten zu suchen, ist ein guter Ratschlag, den ich heute morgen auch mit den Kindern besprochen habe. Sehen und gesehen werden.

Solche Kampagnen müssen auch fortgesetzt werden: Dank Schulanfangkampagnen haben Unfälle auf dem Schulweg abgenommen, dank Velohelmkampagnen werden mehr Helme getragen.

So wie Strassenverkehr modellhaft für die Sozialisierung steht, von Erziehung bis Repression, so gilt im Strassenverkehr auch, was für Ruhm und Elend in der Welt überhaupt gilt:

„Die einen stehn im Dunkeln
Die andern stehn im Licht
Die einen kann man sehen
Die andern sieht man nicht.“

Bis bald
Moritz Leuenberger

[31 Kommentare](#) [Kommentar verfassen](#)

Raser

von Moritz Leuenberger am 14. November 2008 [Version française: [Chauffards](#)]



Bild: [Wikipedia](#)

„Raser sind Asoziale und Kriminelle, ich kann es nicht anders sagen.“
Das kurze Statement in „10 vor 10“ findet – ausser in der wegen Radio Energy schmollenden Ringierpresse - breite Zustimmung, wie mir viele Mails beweisen.

Mit dieser Feststellung ist allerdings noch nichts getan. Entscheidender ist ja die Antwort auf die Frage:
Wie verhindern wir asoziale und kriminelle Raser auf den Strassen?

1. Uns sozial zu verhalten, andere Menschen zu respektieren, Rücksicht zu nehmen, so dass sich alle gegenseitig vertrauen können, lernen wir in der Familie und der Schule. Dort wird das soziale Verhalten wohl am stärksten geprägt. Deshalb darf nicht verschwiegen werden, dass Raser oft junge Männer mit schwachen sozialen Wurzeln sind. Sie kommen zum Teil aus Ländern, wo sie als Kinder den Krieg oder dessen Folgen erlebt haben, also einen Zustand, der moralische Bindungen zerstören kann.

2. Für soziales Verhalten im Strassenverkehr gibt es zusätzlich Schulungen, um sich den physikalischen Gesetzen von Geschwindigkeit und Masse so anzupassen, dass keine Menschenleben gefährdet werden: Theoretische und praktische Fahrprüfung, seit kurzem zweistufig für Neuliker, das heisst der erste Ausweis wird auf Probe abgegeben. Doch wenn eben das Grundwasser menschlicher Rücksichtnahme überhaupt fehlt, ist auch eine solche Ausbildung nur ein verdampfender Tropfen auf die verdorrten Seelen der Entwurzelten. Nicht alle sind ansprechbar auf diese Bemühungen zu Schärfung des sozialen Gewissens und Verhaltens.

3. Meines Erachtens nützen deshalb auch die gut gemeinten pädagogischen Kampagnen auf Plakaten gegen das Rasen kaum etwas, wenn sie nicht mit schärferen Kontrollen verbunden werden. Der Verstand schaltet den Nervenkitzel nicht aus. Und weil dieser Kick nicht nur selbstmörderisch, sondern eben auch mörderisch ist, braucht es Repression: Ausweisentzug, Gefängnis, oder, wie ich es im Paket via sicura vorschlage, der Einzug und die Verschrottung des Fahrzeuges. Repression hat immer einen doppelten Effekt: Sie soll den Bestraften „erziehen“ und sie soll potentielle Täter abschrecken. Hier sind gewiss noch Verschärfungen notwendig, zum Beispiel höhere Maximalstrafen. Diese würden es dann auch gebieten, nach einer Verhaftung die Täter nicht sofort wieder auf freien Fuss zu lassen, sondern sie wegen Fluchtgefahr zu inhaftiert zu lassen.

4. Doch wir wissen, dass auch noch so harte Repression letztlich Kriminalität nicht beikommt. Eine noch so harte Strafe erfolgt ja an einem Täter, dessen Tat schon Opfer forderte. Auch die Todesstrafe, auch totalitäre Staaten kommen der Kriminalität nicht bei.

5. Es ist wie bei aller politischen Arbeit: Es gibt eine Vision. Im Strassenverkehr heisst sie „vision zero“, also keine Toten und keine Verletzten, also auch keine Raser. Vielleicht können wir diese Vision nicht erreichen, aber es ist unsere Pflicht, mit allen nur erdenklichen Mitteln, wie Erziehung und Repression darauf hinzuarbeiten. Deswegen das [Programm via sicura](#). Es will Sicherheit erreichen mit Aufklärungskampagnen (Velohelm freiwillig tragen), mit Erziehung (praktische Fahrkurse), infrastrukturellen Massnahmen (Leitplanken verstärken, Kreisel), mit Kontrollen zur Durchsetzung bestehender Regeln und mit neuen Verhaltensregeln (zum Beispiel Alkoholverbot für Neuliker und Berufschaffeuere). Für dieses Programm läuft jetzt die Vernehmlassung. Dass hier im Namen der individuellen Freiheit Positionen bezogen werden und gegen die Bevormundung der Bürger gewettert wird, ist verständlich.

Gewiss, Freiheit heisst Risiko. Aber wer mit Freiheit nicht verantwortungsvoll umgehen kann, ist ein Risiko, welches wir nicht tolerieren können.

Bis bald

Moritz Leuenberger

[122 Kommentare](#) [Kommentar verfassen](#)

<< [zurück](#) [weiter](#) >>

Beiträge 31 - 40 / 125

[Suchen](#)

Neuste Beiträge

[Neue Internetseite](#)

[Hey, that's no way, to say goodbye](#)

[Hey, that's no way, to say goodbye](#)

[Paragrafen reformieren nicht](#)

[Des dispositions légales ne réfo...](#)

Neuste Kommentare

[Grüezi Herr...](#)

[sehr geehrter herr br...](#)

[Auch ich möchte Ihnen...](#)

[Sehr geehrter Herr...](#)

[Also ich denke, es wird...](#)

KATEGORIEN

[Alle](#)

[Diverses](#)

[Gesellschaft, Demokratie, Vera...](#)

[Kultur](#)

[Medien und Informationsgesellschaft](#)

[Mobilität und Verkehrspolitik](#)

[Umwelt, Energie, Raumentwicklung](#)

Links

[Bundesrat](#)

[Bundesverwaltung](#)

[ch.ch - das Schweizer Portal](#)

[Lüge, List und Leidenschaft](#)

[UVEK](#)

[www.moritzleuenberger.ch](#)

Blog-Archiv

[April 2011 \[1\]](#)

[Oktober 2010 \[1\]](#)

[März 2010 \[3\]](#)

[Dezember 2009 \[1\]](#)

[Oktober 2009 \[3\]](#)

[September 2009 \[2\]](#)

[August 2009 \[2\]](#)

[Juli 2009 \[1\]](#)

[Juni 2009 \[4\]](#)

[Mai 2009 \[3\]](#)

[April 2009 \[2\]](#)

[März 2009 \[5\]](#)

[Februar 2009 \[3\]](#)

[Januar 2009 \[3\]](#)

[Dezember 2008 \[4\]](#)

[November 2008 \[4\]](#)

[Oktober 2008 \[4\]](#)

[September 2008 \[4\]](#)

[August 2008 \[3\]](#)

[Juli 2008 \[4\]](#)

[Juni 2008 \[5\]](#)

[Mai 2008 \[3\]](#)

[April 2008 \[4\]](#)

[März 2008 \[3\]](#)

[Februar 2008 \[2\]](#)

[Januar 2008 \[4\]](#)

- [Dezember 2007 \[5\]](#)
- [November 2007 \[4\]](#)
- [Oktober 2007 \[4\]](#)
- [September 2007 \[4\]](#)
- [August 2007 \[6\]](#)
- [Juli 2007 \[3\]](#)
- [Juni 2007 \[4\]](#)
- [Mai 2007 \[6\]](#)
- [April 2007 \[4\]](#)